

DAS THEMA: INTEGRATIONSKLASSEN

# Zu wenig Plätze, kaum Lehrer, keine Sicherheit

Das Land will mehr Integrationsklassen. Zwar gibt es dafür neue Pädagogen, die reichen aber längst nicht aus. Eltern machen sich Sorgen um die Förderung.

VON THORSTEN KARBACH

**Aachen.** Walther Kröner würde die Tür seiner Schule gerne weiter öffnen. Er würde sie gerne ganz weit aufstoßen für Kinder mit Behinderung und diese Seite an Seite mit Kindern ohne Behinderung unterrichten lassen. Das macht er seit 14 Jahren erfolgreich an seiner Schule – der Gesamtschule Brand im Aachener Süden. Doch sein Wunsch, die Integration weiter auszubauen, ist immer schwieriger zu erfüllen.

Eigentlich soll der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung ausgebaut werden. Das Interesse der Schulen ist da, in Aachen wird die Hauptschule Drimborn nach den Ferien eine erste Integrationsklasse einrichten. Doch mehr Integrationsklas-

sen bedeuten auch mehr Lehrer für die Schulen. Denn wer eine Integrationsklasse für Kinder mit Förderbedarf eröffnet, der hat eigentlich auch Anspruch auf zusätzliche Lehrer – 0,1 Stellen pro Kind mit Förderbedarf um genau zu sein. Doch ein Budget für und einen gesetzlichen Anspruch auf zusätzliche Lehrerstellen in Integrationsklassen gibt es nicht. Deswegen zittern nun die Schulen, die längst Integrationsklassen eingerichtet haben, um ihre Lehrer – so wie die Gesamtschule Brand.

Christa Rößler kann da nur mit dem Kopf schütteln. Es macht sie wütend, dass sie immer noch gegen Widerstände ankämpfen muss, wenn es um die Integration behinderter Kinder geht. Rößler ist Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“. Seit 20 Jahren streitet die Initiative für die Integration behinderter Menschen. Und sie fordert, den Mehrbedarf an Lehrern endlich gesetzlich zu verankern. „Das wollen wir erreichen!“, sagt Rößler. Das Ausrufezeichen ist dabei deutlich zu hören. Am 20. Mai ist ein Netzwerk von Elterninitiativen zu einer Anhörung im Landtag (14 Uhr) geladen.

Die Eltern befürchten, dass die unsichere Finanzierung der Lehrer Schulen davon abhält, Integrationsklassen zu eröffnen. Letztlich würde alles so bleiben, wie es ist. Und das reicht dem Verein „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“ nicht. Europaweit besuchen 80 Prozent aller Kinder mit Behinderung eine integrative Lerngruppe. In Deutschland besuchen 80 Prozent eine Förderschule.

## Die Grenze des Machbaren

Wenn die Eltern den Unterricht an der Gesamtschule Brand verfolgen, dann sehen sie die Erfolge der Integrationsklassen. Sie sehen aber auch, dass es nur wenige Schüler mit Behinderung sind, die in diesen Klassen einen Platz finden. 48 sind es im laufenden Schuljahr. Unter den jeweils 24 Schülern einer Klasse sind acht Förderschüler. Das sei die Grenze des Machbaren, sagt Schulleiter Kröner. Die Zahl der Interessenten übersteigt die Zahl der Plätze deutlich – in diesem Jahr gab es 21 Anmeldungen für acht Plätze.

Aus dem Schulministerium heißt es, die Landesregierung wolle die Zahl der integrativen Lerngruppen weiter erhöhen. Derzeit lernen 14 Prozent aller Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer allgemeinbildenden Schule. Der Ausbau erfordert entsprechende Lehrer. Um den personellen Mehrbedarf im Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern abzudecken, gibt es für die Sekundarstufe I 230 Stellen. Zum kommenden



Welche Perspektive haben die Integrationsklassen? In diesem Unterrichtsmodell arbeiten Kinder mit und ohne Behinderung Seite an Seite. Foto: Imago

Schuljahr kommen 40 Stellen hinzu. Über die Verteilung der Lehrkräfte entscheiden aber die Bezirksregierungen – eine gesetzliche Zuweisung fehlt.

Wer keinen Platz in einer Integrationsklasse findet, der „muss“ auf Förderschulen ausweichen. Es gibt zwar auch Kinder mit Behinderungen, die an anderen Schulen Regelklassen besuchen, aber dies sind ausschließlich Kinder mit leichten Behinderungen. „Ein Kind mit Down-Syndrom kann in einer Regelklasse nicht mithalten“, sagt Rößler. In einer Integra-

tionsklasse dagegen schon.

Müssten sich noch mehr Schulen die vorhandenen Lehrer teilen, wären Schulen wie die Gesamtschule Brand gezwungen, die Integrationsklassen auf bis zu 30 Schüler zu vergrößern und könnten seltener in Doppelbesetzung – also mit zwei Lehrern – arbeiten. Eine Stellenkürzung von bis zu 20 Prozent wird befürchtet, damit an anderen Schulen überhaupt Fachpädagogen arbeiten können. Das wäre, so die Eltern, fatal für die Integration. Die Kinder nehmen in einer Integrationsklasse mög-

lichst viel am Regelunterricht teil, verfolgen aber gleichzeitig ihr eigenes Programm. „Zieldifferenziertes Lernen“ nennt sich das. Wenn etwa Englischvokabeln gelernt werden, dann sind es für Schüler mit Förderbedarf ein paar weniger.

Ulrike Duyster findet es „paradox“, dass sich mehr Schulen engagieren sollen und dann die Schulen, die bereits erfolgreich Integrationsklassen anbieten, „gekniffen“ sind. Zuletzt bekam die Mutter von der Bezirksregierung zu hören, sie solle sich keine Sorgen machen. Irgendwie bekäme man das schon hin. „Die Lehrerversorgung der bestehenden integrativen Lerngruppen an

Gesamtschulen erfolgt für das kommende Schuljahr unverändert“, erklärt Christina Theißen für die Bezirksregierung. Aber die Eltern machen sich Sorgen. Schon

**„Es würden sich bestimmt mehr Schulen engagieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“**

**CHRISTA RÖßLER, „GEMEINSAM LEBEN, GEMEINSAM LERNEN“**

im nächsten Jahr wäre ohne gesetzliche Regelung wieder Hoffen und Bangen angesagt. „Dabei würden sich bestimmt mehr Schulen engagieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen“, sagt Rößler.



Sorgen sich um die Zukunft der Integrationsklassen: Schulleiter Walther Kröner (von links), Ute Malmes, Christa Rößler, Schulleiterin Anita Groß und Ulrike Duyster. Foto: Harald Krömer

## Gemeinsamer Unterricht an Grundschulen

An den Grundschulen gibt es beim Unterricht von Kindern mit einer Behinderung zwei Systeme: Die Kinder können in die Regelklassen integriert werden und bekommen einen zusätzlichen Sonderschullehrer, der immer wieder separat mit den Kindern arbeitet. Das andere Modell ist der „Gemeinsame Unterricht“, wie es ihn etwa an der Aachener Grundschule Am Höfling gibt.

In GU-Klassen sitzen sechs bis acht Kinder mit einer Behinderung mit Kindern ohne Behinderung zusammen. „Es wird dabei so viel wie möglich gemeinsam und in Doppelbesetzung unterrichtet“, sagt Höfling-Schulleiterin Anita Groß.

Es gibt mehr integrative Plätze in Grundschulen als an weiterführenden Schulen. Ausreichend ist die Zahl aber auch hier nicht.

## KARLSPREIS 2009: PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA MEDIENFREIHEIT

**Ines Arland**, Reporterin beim TV-Sender Phoenix in Berlin: „Druck und Schnelligkeit haben im Journalismus zugenommen. Die Gefahr besteht auch darin, dass wir uns selbst zu sehr malträtiert.“

**Christoph Maria Fröhder** gilt als einer der profiliertesten Berichterstatter aus Krisengebieten: „Die Pressefreiheit ist auf fallender Linie. Die Möglichkeit, sauber und ungehindert zu berichten, wurde in den letzten acht bis zehn Jahren stark eingeschränkt.“

**Alfred Schier**, Redaktionsleiter beim TV-Sender Phoenix in Bonn: „Kann man so weit gehen, zu sagen, Russland ist auf dem Weg zurück in diktatorische Verhältnisse?“

**Agata Kwiecinska**, Musikredakteurin beim Polnischen Rundfunk: „Unser Mediengesetz in Polen ist im Grunde in Ordnung. Doch es gibt einen riesigen Unterschied zwischen Theorie und Praxis.“

**Christoph Lanz**, Fernsehredakteur bei der Deutschen Welle: „Die Einschränkung der Pressefreiheit geht jeden etwas an, sie ist keine Berufskrankheit. Bei einer Aufnahme in die EU sollten genau so Kriterien für die Presse gelten wie für die Staatsbank.“

**Dirk Sager** aus der deutschen Sektion von „Reporter ohne Grenzen“: „Warum gleitet Russland ab in Nationalismus und Chauvinismus? Warum trägt das Volk diese Entwicklung? Die Antwort beginnt bei der Gleichschaltung der Medien.“

# Auch der Westen ist in Sachen Pressefreiheit nicht beispielhaft

Podiumsdiskussion anlässlich der Verleihung der Medaille Charlemagne an Reporter ohne Grenzen. „Mafiöse Strukturen“ in ehemaligen Ostblockstaaten.

VON JAN MÖNCH

**Aachen.** Man schrieb das Jahr 1968, als amerikanische Soldaten die Zivilbevölkerung des vietnamesischen Dorfes My Lai niedermetzten. Christoph Maria Fröhder war damals vor Ort. Geschützt von der US-Armee, wurde der Journalist per Helikopter zu jenem Ort geflogen, der zum Synonym werden sollte für die amerikanische Schande in Vietnam. Anschließend erkundigte sich ein Offizier nach seiner Einschätzung zum Geschehenen.

saal, wo anlässlich der Verleihung der Medaille Charlemagne an die „Reporter ohne Grenzen“ eine Podiumsdiskussion zum Thema Medienfreiheit stattfand. Denn nicht nur die 1985 gegründete Menschenrechtsorganisation sieht diese in Gefahr. Auch Fröhder hält eine solche Achtung vor den Medien, wie er sie in Vietnam erlebte, heute für undenkbar. Ebenso Moderator Alfred Schier vom TV-Sender Phoenix sowie die vier weiteren Teilnehmer der Diskussion.

Christoph Lanz, Fernsehredakteur bei der Deutschen Welle, beschrieb eine Weltkarte, die in seinem Berliner Büro hängt. Schwarz

**„Verglichen mit anderen Ländern geht es uns bestens.“**

**DIRK SAGER**

gefärbt sind darauf die Staaten mit funktionierender Presselandschaft, rosa jene, in denen die Presse in Gefahr ist. Rot steht für

nicht vorhandene Pressefreiheit. Lanz: „Schwarz ist in der Minderheit, Rot und Rosa dominieren.“

„Mafiöse wirtschaftliche Strukturen“ etwa behinderten die Kollegen in den ehemaligen Ostblockstaaten. Das iranische Regime indes gehe so weit, „mal eben ganze Straßenzüge nach versteckten Satellitenschüsseln absuchen zu lassen“. Im Ferienparadies Malaysia hingegen sei der Empfang ausländischer Programme erlaubt. „Sie werden einfach komplett zeitversetzt ausgestrahlt.“ So kann die Zensur stets eingreifen.

Für Dirk Sager von den Reportern ohne Grenzen ist auch die

Situation im Westen keinesfalls durchweg beispielhaft – auch die Industriestaaten Frankreich und Italien gehören für ihn mit wachsendem Rosa versehen. „Die Einflussnahme ist ganz ungeheuer und sehr bedenklich“, attackierte der ehemalige DDR-Korrespondent die Regierungen um Sarkozy respektive Berlusconi.

Und in Deutschland? „Verglichen mit anderen Ländern geht es uns bestens“, stellte Dirk Sager klar – trotz BKA-Gesetz und Vorratsdatenspeicherung. „Wir haben die Möglichkeit, uns zu wehren. Wenn solche Gesetze durchkommen, tragen wir selbst die Schuld.“

Ines Arland, Reporterin in Berlin, kritisierte ihren Berufsstand: „Die Distanz zwischen Politikern und Berichterstattern muss stärker gewahrt werden.“

Wohin der Weg führen kann, dazu wusste Christoph Fröhder ein weiteres Erlebnis mit dem US-Militär. Als 2004 die Folterungen in Abu-Ghoreib bekannt wurden, war er, dreieinhalb Jahrzehnte nach My Lai, wieder vor Ort. Der Kommandeur des Gefängnisses verwehrte Fröhder den Zutritt ins Sperrgebiet und erinnerte an einen Kollegen der Agentur Reuters. Dieser war wenige Tage zuvor am selben Ort erschossen worden.